# Die Heimstätte-Bill.

# Rede des Ehrb. M. S. Wilkinson

von

## Minnesota.

Gehalten im Senate am 3. April 1860.

Am 3. April 1860 wurde die Heimstättefrage im Senat debattirt. Zwei Bills bezüglich dieses Gegenstandes lagen zur Berathung vor; eine vom Hause und eine andere, welche das „Committee des Senates für die öffentlichen Ländereien" anstatt der ersteren substituirt hatte. Hr. Fitch von Indiana schlug folgendes Proviso als ein Amendment zur ersten Sektion der Hausbill vor:

„Es sollen die hiedurch bewilligten Ländereien in abwechselnden Viertelssektionen liegen und so in Besitz genommen werden; ferner sollen die Viertelssektionen oder Theile davon, welche den Ver. Staaten verbleiben und nicht unter den Bestimmungen dieser Verordnung der Besitznahme unterstellt sind, für nicht weniger als den doppelten Minimumpreis, um den die öffentlichen Ländereien verkauft werden, abgelassen werden; und die Bestimmungen dieser Verordnung sollen blos auf das Land anwendbar sein, das vom Datum der Gültigkeit dieser Verordnung an auf Privatwege in Besitz genommen werden kann."

Herr Wilkinson von Minnesota erwiderte darauf:

Ich bin ganz und gar gegen das Amendment des Senators von Indiana. Seine Annahme würde die Zweckdienlichkeit der ganzen Maßregel wesentlich verkümmern. Die Maßregel überhaupt, eine freie Heimstätte dem wirklichen Ansiedler zu gewähren, ist eine von denen, wofür ich seit lange ein lebhaftes Interesse fühlte. Ich habe viele Jahre meines Lebens unter den wackeren Ansiedlern der neuen Staaten und der Territorien zugebracht und somit häufige Gelegenheit gehabt, mit den praktischen Resultaten unseres gegenwärtigen Landsystemes sowohl in Bezug auf den Ansiedler als auf die Regierung vertraut zu werden. Ich habe gesehen, wie man großartige Schwindeleien versucht und in manchen Fällen auch ausgeführt hat, wodurch ein Einzelner oder eine Gesellschaft ganze Townships unter dem Verkaufsgesetz an sich brachte und wodurch auf der einen Seite der Ansiedler ernstlich benachtheiligt und auf der anderen die Regierung stets unfehlbar betrogen wurde. Ich bin für Meilen und Meilen über die reichen Ebenen meines eigenen Staates hingekommen, wo jeder Zoll Landes unter dem Verkaufsgesetz in Besitz genommen ward und wo man aber auch nicht die geringste Spur von Anbau oder wirklicher Ansiedlung wahrnehmen konnte.

Unter der gegenwärtigen Verfahrungsweise ist der Sinn für Spekulation in Land so allgemein geworden und die Sucht, große Landstrekken zu erwerben, so groß, daß man sich nur sehr wenig um die heilsamen und nothwendigen Sicherheitsmittel kümmert, womit der Congreß passend gefunden hat, das Gesetz zu umgeben. Das gegenwärtige System, das aus einem Gefühl nationaler Gerechtigkeit hervorgegangen war, hat in keiner Weise dem Endzwecke seiner Gründer entsprochen und zwar einfach deßhalb, weil die Grundlage, worauf dasselbe ruht, unrichtig ist. Die Regierung selbst wird zum Landmonopolist und sucht ihre Kasse von den Einnahmen aus dem Handel mit öffentlichen Ländereien zu füllen. Während die letzteren blos als eine Quelle des Einkommens angesehen werden, läßt man sich die gewissenhafte Ausübung des Gesetzes nicht sehr angelegen sein, so lange man nur den Hauptzweck, Land zu verkaufen, erreicht.

Die gewissenhafte Beobachtung der Gesetze bezüglich der öffentlichen Ländereien gilt gegenwärtig als Ausnahme und ihre Verletzung als Regel. Die Regierung handelt und spekulirt mit diesen Ländereien, warum sollte es nicht auch das Volk thun?

Angesichts dieser Thatsachen habe ich mit Spannung irgend einer Abänderung entgegengesehen und mit besonderer Genugthuung finde ich, daß man eine solche in der Form einer Heimstättebill vorgeschlagen hat.

Die ursprüngliche Bill, wie sie vom Repräsentantenhaus an den Senat berichtet wurde, könnte von meiner Seite auf eine herzliche Zustimmung rechnen. Jedoch sie scheint auf einen starken Widerspruch im Senate gestoßen zu sein. Unser „Committee für die öffentlichen Ländereien" hat sie in Form und Inhalt geändert; sie ist in eine Senatsbill eingezwängt und als solche vom Senator Johnson von Tennessee vorgeschlagen worden. Während die letztere die Gerechtigkeit

des Prinzipes im Allgemeinen anerkennt, scheint mir ihr doch die Lebensfähigkeit einer praktischen Maßregel abzugehen.

Ich spreche so in aller Achtung für die Herren, welche die Bill in ihrer gegenwärtigen Form entwarfen. Sie haben dabei so gehandelt, wie sie es für passend fanden, und es mag vielleicht auch zu dem gewünschten Zwecke führen; jedoch nach meinem Urtheil wenigstens verliert die Senatsbill die eigentliche Bedeutung der Sache ganz aus dem Auge; sie ist unzulänglich und mit Verordnungen und Beschränkungen überladen, welche darauf hinausgehen, ihre Wirksamkeit und Nützlichkeit zu vernichten.

Einige ihrer Beschränkungen sind engherzig, während das gerade Gegentheil den hervorstehenden Zug einer solchen Bill ausmachen sollte. Einige ihrer Bestimmungen würden einen Unterschied von Personen und Classen hervorzurufen suchen, während der wahre Endzweck einer solchen Bill doch darauf hinausgehen sollte, allen unseren Bürgern — sowohl den gegenwärtigen als zukünftigen, — welche sich auf dem Staatslande niederlassen wollen, eine Heimstätte zu bereiten. Diese Mißstände sind so augenscheinlich, daß ich es sehr gerne sähe, wenn der Senat in die Annahme der Hausbill willigen würde.

Man hat mir gesagt, daß die Herren, welche die Senatsbill entwarfen, voraussetzten, sie würden damit ernstlichen Schwierigkeiten zu begegnen haben, und so hielten sie es für nöthig, eine Art von Vermittlung zwischen den Freunden und den Gegnern dieser Maßregel zu versuchen. Ich muß gestehen, ich erwartete keinen Widerstand von großer Bedeutung. Die Bewilligung einer freien Heimstätte für den wirklichen Ansiedler ist eine so weise, gerechte und humane Politik, daß ich gar nicht zu begreifen vermag, wie sich irgend eine Partei ihr widersetzen kann. Am wenigsten aber vermuthete ich, daß sie durch ein parlamentarisches Taschenspielerkunststück aus dem Sattel gehoben werden sollte. Meine Verwunderung war deßhalb nicht gering, als der Senator von Nord-Carolina, Hr. Clingman, folgendes Amendment vorschlug:

„In der ersten Abtheilung streiche aus die Worte, ‚soll berechtigt sein, eine Viertelssektion von unbenutztem Staatsland oder eine gleiche Quantität, die als ein Ganzes beisammenliegt, in Besitz zu nehmen, im Einklang mit den gesetzlichen Unterabtheilungen der öffentlichen Ländereien und nach vorhergegangener Vermessung' und setze dafür an ihre Stelle [‚jedes Familienhaupt und Bürger der Ver. Staaten] soll berechtigt sein, daß an ihn oder an sie vom Commissär des Staatslandes ein Warrant von 160 Acres — das in derselben Weise liegen muß, wie es sich in den bisher verabfolgten Warrants von verschenktem Land ausweist — auf irgend einer von den Staatsländereien, die in Besitz genommen werden können, ausgehändigt werde, nachdem der Gesuchsteller seinen Anspruch in solcher Art und unter solchen Regulirungen begründet hat, wie sie vom Sekretär des Innern' vorgeschrieben werden."

In seiner Rede, worin er dieses Amendment vertheidigt, bekannte der Senator offen, daß er überhaupt gegen den Plan sei, das öffentliche Land wegzugeben. Das erklärt uns schlagend den Grund seiner Opposition. Seinem Amendment kann man es auf dem Gesicht ansehen, daß es in seinen Wirkungen jede Möglichkeit einer wirksamen Heimstättebill aufheben würde.

Der Senator äußerte weiter, daß ihm die Maßregel, eine Heimstätte dem wirklichen Ansiedler zu gewähren, in demselben Lichte erschiene, als wollte man Geld aus der Staatskasse wegschenken. Von diesem Standpunkte ausgehend folgerte er, daß man einen Akt entschiedener Ungerechtigkeit beginge, wenn man die Vortheile einer solchen Bewilligung auf die beschränke, welche auf den öffentlichen Ländereien wohnen; oder mit anderen Worten, wenn man wirkliche Ansiedlung zur unerläßlichen Bedingung der Bewilligung mache.

Und so schloß er, würden viele Bürger in ihren Rechten verkümmert werden, da eben viele von diesem allgemeinen Privilegium nicht Gebrauch machen dürften. Wenn der Senator es wirklich ehrlich mit seinen Ansichten meint; wenn er in dieser Maßregel nichts weiter als eine bloße Geldschenkung aus der Staatskasse sieht; wenn er sie einfach als eine Art von Mildthätigkeit betrachtet; wenn sein Gesichtskreis überhaupt so enge und beschränkt ist, dann vermag er die Grundsätze nicht vollkommen zu verstehen, die hierbei in's Spiel kommen, noch die hohe Bedeutung der Frage einzusehen, sowie weder die Ursachen noch die Wirkungen unserer in Vorschlag gebrachten Politik gehörig zu würdigen.

Ich kann dem Senator von Nord-Carolina nicht treffender erwidern, als wenn ich eine Stelle aus einer Rede anführe, welche am 18. Juli 1854 Lewis Caß, damaliger Senator von Michigan, im Senate gehalten hat. Man debattirte über einen Vorschlag bezüglich der Heimstättefrage, und der Senator von Louisiana, Herr Benjamin, machte fast ganz die nämlichen Einwürfe, wie sie der Senator von Nord-Carolina vorbrachte. Darauf entgegnete Herr Caß:

„Der Senator von Louisiana scheint diesen Vorschlag, Land dem wirklichen Ansiedler zu bewilligen, als ungerecht und parteiisch zu betrachten. Dieser Vorwurf, wenn er wirklich irgend ein Gewicht hat, trifft aber eben so gut alle früheren Landbewilligungen an wirkliche Ansiedler, wie die vorgeschlagene und verurtheilt natürlich die Handlungsweise des Congresses bezüglich dieses Gegenstandes seit der Gründung unserer Regierung. Aber warum ist dieser Vorschlag ungerecht? Ich gestehe, ich hörte diese Behauptung mit Erstaunen an. Sie ist ungerecht, weil nicht Alle von dieser Bewilligung Gebrauch machen werden. Wenn ein System in der Politik gerecht und unparteiisch an sich ist, so verdient es Annahme, sollten auch nicht Alle Willens sein, sich seiner Vortheile zu bedienen. Gerecht ist eine solche Maßregel dann, wenn sie sich gleichmäßig auf Alle erstreckt, und ihre Gleichheit leidet in keiner Weise, weil es Leute gibt, welche sich in so guten Verhältnissen befinden, daß sie die Vergünstigungen nicht brauchen, welche die erstere verleiht. Diese Bill bewilligt Land für den wirklichen Ansiedler. Sie fragt nach keinem Unterschied der Person. Hat somit ein wohlhabender Mann in den alten Staaten ein Recht zu sagen, ich bin reich; ich denke nicht daran auszuwandern, und deßhalb ist euer Gesetz ungerecht, weil es zu Gunsten Anderer Verordnungen enthält, die für mich von keinem Nutzen sind? Ein solcher Einwurf verstößt gegen Vernunft und Constitution."

Das war die Ansicht von Lewis Caß und der Senator von Nord-Carolina kann daraus ersehen, daß sein Einwurf nicht nur nicht neu, sondern auch bereits triumphirend widerlegt worden ist. Ich verwerfe gänzlich die unhaltbare Idee, als ob die vorgeschlagene Landbewilligung in irgend einem Sinne ein Akt der Mildthätigkeit sein würde. Männer mit Macht betleidet sagen uns gerne, daß „die Regierung nicht für eine bloße Mildthätigkeitsanstalt bestimmt ist." Warum gehen sie nicht ein wenig weiter und geben zu, daß dieselbe auch nicht zu einem Monopolisten und Spekulanten bestimmt ist?

Die vorgeschlagene Maßregel ist von nationaler Gerechtigkeit, nationalem Recht und nationaler Weisheit eingegeben. Es ist die Pflicht ei-

ner guten Regierung, über die öffentlichen Ländereien — das Besitzthum des gesammten Landes — so zu verfügen, daß die Interessen des ganzen Landes dadurch gefürdert werden.

Und hierin liegt die Lösung des Problems, welche die irrthümliche Annahme, als sei diese Maßregel ein bloßer Akt der Mildthätigkeit, schließlich beseitigt. Nach meiner Ansicht sollte unsere Regierung nach allen Formen des Rechtes die naturgemäße Wahrheit anerkennen, daß die unbebauten Ländereien der Nation dem gehören, der auf ihnen wohnt und sie in Culturzustand versetzt.

Die Annahme einer weisen und freisinnigen Heimstättebill würde wesentlich dazu beitragen, jede Monopolisirung von Land sowohl auf Seiten der Regierung als auf der ihrer Bürger abzuschaffen.

Ich brauche wohl kaum dem Senat in's Gedächtniß zu rufen, daß eine solche Monopolisirung in den Händen einiger Weniger, sowie die Vertheilung von unermeßlichen Strecken öffentlichen Landes unter feile Höflinge überall in der Welt der absoluten Gewalt und dem Despotismus die kräftigste Hand geboten hat. Durch diese Mittel hat die Monarchie und Aristokratie in allen Zeiten es dahin gebracht, die Massen in Unterwürfigkeit zu erhalten; durch diese Mittel sind Millionen Menschen an den Bettelstab und in moralische Entwürdigung gerathen, weil man ihnen das Recht nahm, sich von dem Boden zu nähren, der für Reich und Arm gleicher Weise bestimmt war. Irland mit seiner großen Bevölkerung, das kaum die Mittel zum Lebensunterhalt der letzteren besitzt und das von einer herzlosen und hochmüthigen Aristokratie abhängt, um das tägliche Brod dem gemeinen Mann zu geben; Irland, wo die grosse Masse des Volkes nicht Herr von so viel Grund und Boden ist, um darauf stehen zu können, ist oft als Beispiel jener grausamen Ungerechtigkeit angeführt worden, welche stets die Folge von großen Landmonopolen ist. Von seinen 6 Millionen Einwohnern ist unter 6000 nicht mehr als ein einziger, der nur einen Zoll Landes besitzt oder ein gesetzliches Recht hat, sich von dem Boden zu ernähren. Das ist eine unbestreitbare Thatsache, worauf ich hier verweise.

Unser gegenwärtiges Landsystem läuft unmittelbar darauf hinaus, den Sinn für Monopolisirung und Spekulation zu erhöhen, indem es große Strecken Landes dem öffentlichen Verkaufe unterstellt und den Capitalisten einladet, soviel zu kaufen, als er Lust hat. Wenn man dieß fernerhin so duldet, so kann daraus noch viel Elend und Unterdrückung selbst in unserem freien und aufgeklärtem Lande entstehen. Selbst gegenwärtig, wo wir eine soweite Ausdehnung von Territorium besitzen, tritt die Arbeit hinter das Capital zurück, und die Rechte des Ansiedlers finden nur geringe Berücksichtigung, wenn ihnen das Geld des Spekulanten gegenüber steht. Bis hieher hat die Regierung in ihrer Handlungsweise eine falsche Richtung eingeschlagen, und je früher sie dieselbe ändert, um so besser wird es sein. Für meinen Theil bin ich der Ueberzeugung, daß dieselbe eine Politik annehmen sollte, die älter als die Nation selbst ist; sie sollte bestimmen, daß „das Land von nun an nie mehr verkauft werden solle." Ich wünschte, die Regierung würde verordnen, daß „das Volk hingehen und das Land ererben" und das Staatsland in kleinen Strecken an Jeden abgegeben werden solle, dem es Ernst ist, durch den Anbau des Bodens ein ehrliches Leben zu machen. Ich wünschte der Congreß würde in seiner Heimstättebill die arbeitenden Massen des Landes im Auge haben — die, welche so oft durch den ungleichen und unmenschlichen Kampf zwischen Kapital und Arbeit niedergeschmettert werden; den armen Mann, der sein tägliches Brod im Schweiß seines Angesichts verdient; ihn, der von den unsicheren Brodkrummen lebt, die von des Reichen Tische fallen! Möchte die Regierung zu diesen Allen sagen: „Hier ist noch ein weites unangebautes Land; setzt euch in Besitz davon, lebt darauf, bebaut es u. es soll für immer euch gehören." „Und wenn," wie ein hervorragendes Mitglied des Repräsentantenhauses vor einigen Jahren bemerkte, „der arme Mann wirklich in Besitz davon ist und der starke Arm der Regierung ihn in dem Genusse einer Heimstätte schützt, wovon weder er noch sein Weib und seine Kinder vertrieben werden können, dann ist er dem Bereiche der Armuth entzogen, nicht bloß deßhalb, weil er Land, sondern weil er Tugenden besitzt, die er in seinem Herzen cultivirt, während er den Boden bebaut. Dann trägt er auch nicht länger mehr dazu bei, daß Andere Reichthum über Gebühr ansammeln können, wie er es früher that, wo man seine Heimathlosigkeit benützte und ihn zwang, für seine Arbeit zu nehmen, was man ihn gerade geben wollte."

Die Senatsbill schließt von dem Vortheile ihrer Bestimmungen alle jungen, unverheiratheten Männer aus und beschränkt sich ausdrücklich auf Familienhäupter. Ich begreife nicht, warum eine derartige Bill nicht so umfassend in ihrer Anwendung sein sollte, wie die gegenwärtigen Verkaufsgesetze. Ich kann nichts Passendes darin finden, ein Uebel abzuschaffen, blos um ein anderes an seine Stelle zu setzten. Ich halte es für unweise, ja für ungerecht, allen unverheiratheten Männern die Vergünstigungen einer solchen Bill zu entziehen. Diese Bestimmung im Verein mit der Clausel, welche die Anwendung der Bill auf Ländereien, die auf Privatwege in Besitz genommen werden können, beschränkt, hat die Wirkung, die ersten Ansiedler, die in den unbevölkerten Westen hinaus gehen, geradezu um die erwähnten Vergünstigungen zu bringen und sie für die grossen Massen vorzubehalten, die dann nachströmen, wenn die Strapazen und Gefahren des Pionierlebens bereits überwunden sind. Eine solche Beschränkung ist entschieden unpassend und offenbar ungerecht und ich staunte, den Senator von Ohio, Herrn Pugh, gerade aus diesem Grunde die Senatsbill befürworten zu hören.

Die Männer, welche in ihrer Jugend in den Westen hinaus ziehen, um ihr Glück zu suchen, sind vor Allen Anderen die, denen die Bestimmungen dieser Verordnung im reichsten Masse zu Gute kommen sollten. Wir brauchen ihre Dienste. Sie sind thatsächlich die Avantguarde der Civilisation auf diesem Continent. Sie dringen in die Wildniß ein; sie finden Gegenden auf, wo keine Familien bis dahin sicher le-

ben konnten. Sie schlagen ihre Zelte auf, bauen Häuser, brechen den Boden um und verbessern ihn. Sie verleihen einen größeren und vollkommeneren Schutz unserer Westgrenze, als alle bewaffneten Soldaten an der Grenzlinie. Da sie meistens von den verschiedenen Staaten der Union kommen, so bringen sie eine innige und dauernde Anhänglichkeit an die Institutionen unseres Landes mit, und in demselben Grade, als die Ansiedlungen an Menschenzahl zunehmen, organisiren sie Municipialregierungen und legen so die Grundlage zu künftigen Staaten. Und ist es unter diesen Umständen vernünftig und recht, daß eine solche Klasse von thätigen und energischen jungen Männern durch die Senatsbill gänzlich bei Seite gesetzt werden sollte?

Wenn Gesetze gerecht sein sollen, so müssen sie unparteiisch in ihrer Anwendung sein; die Senatsbill aber erscheint mir in diesem Punkte parteiisch und ungerecht.

Es mag sein, daß die Verfasser der Bill durch diesen Ausschluß junger Männer ohne Familien von den Begünstigungen derselben beabsichtigten, es sollte dieß einen wesentlichen Anlaß zur Verheirathung unter unserem Volke abgeben. Ich zweifle nicht an ihrer Beipflichtung in meiner Ansicht, daß frühe Heirathen viel Gutes wirken; aber sie müssen mir auch nicht verdenken, wenn ich glaube, daß ihre Politik diesen Zweck nicht erreicht. Wenn die beschränkende Clausel sich blos auf die Söhne und Töchter jener ersten Ansiedler bezöge, die vor vielen Jahren nach den Grenzen auswanderten, und die, wie die Staaten, so auch selbst sich zu Wohlstand und Glück emporgeschwungen hätten; wenn sie blos für jene Kinder Geltung hätte, welche von ihren Aeltern nicht nur ihren abentheuerlichen Sinn, sondern auch die physische Kraft, Strapazen zu ertragen, ererbt hätten; wenn dieß die alleinigen Personen wären, die es anginge, dann würde diese Clausel nicht so ganz verwerflich sein. Aber nicht alle Frauen können dieselben Entbehrungen aushalten. Da man auch jetzt noch Waldungen zu fällen und die bescheidene Bretterhütte zu errichten hat, so ist die größere Masse der Frauen unseres Landes zu schwach, um an den Mühseligkeiten der ersten Ansiedler Antheil zu nehmen. Diese Bill sollte weiter sehen, als einen unmittelbaren Vortheil erreichen zu wollen. Wenn man die Sache richtig angeht, so wird sie das Interesse der Massen, sowie das der menschlichen Gesellschaft im Ganzen und jene hohe Moralität fördern, worauf eben jede menschliche Gesellschaft ruhen sollte. Ja, sie wird der Sache der leidenden Menschheit überall unter die Arme greifen. Das ist das Endziel, welches die Wächter des Nationalwohles zu erreichen suchen sollten, wollen sie dem hohen Vertrauen nachkommen, das in sie gesetzt ist.

Gehen Sie durch unsere großen Städte. Sehen sie die jungen Leute von verschiedenem Alter, wie sie in den Straßen umherschwärmen; viele davon möchten gerne Arbeit; aber ihre Hände finden Nichts zu thun. Betrachten sie dieselben, wie sie aller Art von Versuchungen ausgesetzt sind; wie sie Tag für Tag auf die Equipagen der Reichen mit den hungrigen und verzehrenden Augen der Armuth hinschauen. Wer wünschte da nicht diese jungen Leute des ewigen Kampfes zwischen Tugend und Laster überhoben zu sehen, wo nur zu oft das letztere die Oberhand erhält? Ihnen sage man, daß es Arbeit für sie gibt. Ihnen sage man, daß sie in den fruchtbaren Westen gehen und durch ihre eigene Kraft und Anstrengung ein Besitzthum der Wildniß abringen sollen.

Wir werden dann nicht mehr so viele Gefängnisse und Zufluchtshäuser zu errichten brauchen. Und wenn der Ansiedler seinen Ehrgeiz befriedigt und seinen Zweck erreicht hat; wenn er seine Wohnung erbaut und die reiche Erde angefangen hat, ihm in Fülle ihre Früchte zu liefern, dann hat der junge Ansiedler keine Gesetzgebung nöthig, die ihn zur Verheirathung treibt. Er wird von selbst das Bedürfniß nach einer Lebensgefährtin auf seiner freien Heimstätte fühlen, die er durch eigene Mühe gewonnen hat. Sie können sich darauf verlassen, daß wir weise handeln, wenn wir die Vergünstigungen der Bill auf alle unverheiratheten Männer ausdehnen.

Und nun komme ich an eine weitere Ausstellung, die ich an der Senatsbill zu machen habe. Sie ist ungerecht gegen unsere fremde Einwanderung. In diesem besonderen Punkte steht sie an Freisinnigkeit weit hinter den Verkaufsgesetzen selbst zurück.

Aus dieser Ursache war ich abermals erstaunt, daß sich der Senator von Ohio für die Senatsbill erklärte.

Hr. Pugh. Der Grund, weßhalb die Senatbill sich auf Familienhäupter beschränkt, ist der, um Betrug zu verhüten, wie er sich unter dem Verkaufsgesetz ausüben läßt. Die Senatbill tastet weder das Verkaufsgesetz noch das besondere Gesetz für Kansas und Nebraska an, das Ansiedlung unter dem Verkaufsgesetz auf unvermessenem Lande erlaubt, so daß diese jungen Männer hergehen und ihre Ansprüche unter dem Verkaufsgesetz machen können; und sie brauchen nicht eher etwas zu bezahlen, als nach Verlauf von fünf oder sechs Jahren, wenn die Ausschreibung und der öffentliche Verkauf Statt findet. Die Senatsbill schließt daher die unverehelichten Männer nicht aus, sondern sie macht blos einen Unterschied zwischen ihnen und einem Familienhaupte; ein Unterschied, der in jedem Schenkungsgesetze existirt, das wir noch angenommen haben. Das Senatscommittee ist nicht von den bisherigen Grundsätzen abgewichen.

Hr. Wilkinsen. Ich will dem Senator gegenüber bemerken, daß die Bestimmung, deren Geltung ich durchgeführt wissen möchte, ganz die nämliche ist, welche die Politik des Verkaufsgesetzes angenommen hat. Das letztere dehnt nämlich seine Privilegien auf alle jetzigen und künftigen, verheiratheten und unverheiratheten Bürger aus, die über 21 Jahre alt sind. Ich wünsche nicht, daß diese Maßregel hinter jenem Gesetz an Freisinnigkeit zurückstehe. Wenn der Senator meint, daß diese Beschränkung die Wirkung hätte, Betrug zu verhüten, so hat mir meine Erfahrung gelehrt, daß ältere Männer und Familienhäupter gerade so gut die Regierung um Land betrogen als junge und unverheirathete Leute. Meine Ansicht ist die, daß die Ehrlichkeit beider im Durchschnitte sich einander gleich steht. Vielleicht haben die jungen Leute noch nicht lange

genug gelebt, um in Schlechtigkeit so versteckt zu sein, daß sie einen Verkaufseid leisten, ohne einen rechtlichen Grund dazu zu haben, wie die Alten manchmal das Beispiel dazu geben. Ferner aber will ich bemerken, daß, ohne daß Ansiedlungen bereits existiren, Männer ihre Familien nicht mit in die Wildniß hinaus nehmen können. Die letzteren könnten ja nicht die nothwendigen Mühsale ertragen. Um so mehr sollte man jungen Leuten Anlaß geben, in die Wildniß hinaus zu gehen, Wohnhütten zu bauen und die ersten Feldfrüchte zu ziehen. Wenn sich die Ansiedelungen mehren, so erhöht sich damit auch die Leichtigkeit, Frauen zu bekommen.

Aber um auf mein eigentliches Thema zurückzukommen, so erklärte ich mich gegen die Senatsbill, weil sie ungerecht gegen unsere ausländische Bevölkerung wirkt.

Der Senator von Tennessee, Hr. Nicholson, sagte in seiner Rede, bezüglich der fraglichen Bill, daß sie verfüge, jede Person, die das Haupt einer Familie und ein Bürger der Ver. Staaten ist, oder den Naturalisirungsgesetzen gemäß seine Absicht erklärt hat, Bürger zu werden, soll das Recht haben, von einer Viertelssektion unbenutzten Staatslandes Besitz zu nehmen u. s. w.

Ohne dem Senator zu nahe zu treten, muß ich mir erlauben, ihn in einem Fehler zu corrigiren. Die Bill erklärt nämlich n i c h t, daß einer, der den Naturalisirungsgesetzen gemäß, seine Absicht erklärt hat, Bürger zu werden, berechtigt sein soll, so viel Land in Besitz zu nehmen, sondern beschränkt diese Verordnung ausdrücklich auf Bürger der Ver. Staaten. Sie schließt jeden Einwanderer vollkommen aus, ehe er fünf Jahre lang in den Ver. Staaten gelebt und Bürger davon geworden ist.

Hr. Wigfall. Ich frage den Senator, ob er vorhat, die öffentlichen Ländereien an Personen wegzugeben, welche keine Bürger der Ver. Staaten sind?

Hr. Wilkinsen. Mein Plan ist, die Bill gerade so umfassend zu machen, wie die Verkaufsgesetze sind; ich möchte ihre Vergünstigungen auf alle Ausländer ausdehnen, die ihre Absicht erklären, Bürger der Ver. Staaten zu werden. Vor 20 Jahren adoptirte der Congreß bei der Annahme der Verkaufsverordnung die Maßregel, den Ausländer, der seine Absicht erklärt hatte, Bürger der Ver. Staaten zu werden, mit dem Eingeborenen, hinsichtlich der Landgesetze, auf gleiche Stufe zu stellen. Dieses System ward nicht blos von einem erhabenen Sinne nationaler Freisinnigkeit, sondern zu gleicher Zeit von dem weisen Verlangen der Regierung diktirt, die Einwanderung von Europa zu hegen und zu fördern. Ich denke, eine zwanzigjährige Erfahrung sollte uns hinlänglich von den augenscheinlichen Vortheilen einer solchen Politik überzeugt haben. Diese Periode hat uns Beweise von der treuen Anhänglichkeit dieser Klasse unserer Bevölkerung im Ueberflusse geliefert. Warum sollten wir jetzt anfangen, solche drückende Beschränkungen ihr gegenüber einzuführen? Was kann uns jetzt veranlassen, ihren Einfluß zu fürchten? Welchen neuen Grund hat man entdeckt, weßhalb man die ausländische Einwanderung hemmen sollte? Laßt uns die Geschichte einmal fragen. Es gibt kein Schlachtfeld von Maine bis nach Mexico, das nicht roth ist von dem Blute, welches der Ausländer für die Vertheidigung von Amerika's Freiheit vergossen hat. Wo auch unsere Fahne in der Schlacht siegreich hingetragen wurde, so waren es ausländische Männerherzen, die sie umgaben. Der Ausländer stand Schulter an Schulter mit dem Eingeborenen, bot denselben Gefahren Trotz, kämpfte für dasselbe Ziel und frohlockte über dieselben Triumphe. Wo immer wir ein neues Territorium von einem Feinde erobert haben, so ward es stets dicht mit den Leichen der Ausländer besät.

Der Senator von Mississippi, Hr. Davis, der sein Amt als Kriegssekretär so ehrenvoll bekleidet hat, kann aus den Annalen seines Departments uns sagen, wie treu di se Klasse unserer Bevölkerung in Kriegszeiten gewesen ist. Der ganze Westen kann bezeugen, wie nützlich sie in Friedenszeiten war. Die ausländische Bevölkerung! Ja diese Bevölkerung, die den Willen zur Arbeit, sowie die Energie besitzt, den Erfolg ihrer Arbeit sich zu sichern, ist unablässig vorwärts geschritten, in einer Weise, welche von einer großen Bestimmung Zeugniß gibt. Sie hat sich in die Stille der Urwälder gemacht und glückliche Heimstätten schimmern nun aus der Wildniß hervor. Sie ist in die Tiefe der Sümpfe eingedrungen und hat Millionen Acres für die Cultur gewonnen. Ueberall hat sie auf ihrem glorreichen Pfade dazu beigetragen, Dörfer und Städte zu bauen.

Wo auch Amerika's Kunst und Civilisation triumphirt hat, da findet man die Geschichte unserer ausländischen Bevölkerung nicht in vergänglichen Worten, sondern in unvergänglichen Thaten und Handlungen niedergeschrieben. Diese Ausländer, welche Bürger geworden sind — diese Männer, welche so viel gethan haben — haben blos den Weg bereitet für die, welche nach ihnen kommen sollen. Ihre Freunde und Verwandten in anderen Ländern, die von ihrem Glücke hören, strömen beständig zu uns herüber. Es war unsere bisherige Politik, diese Einwanderung auf jede Weise zu fördern und die Felgen liegen vor uns in unserer gegenwärtigen Größe und Glücke. Sollen wir der Vergangenheit untreu werden? Mit einem Wort, sollen wir rückwärts schreiten? Ich hoffe zuversichtlich, daß wir fortfahren voranzuschreiten, daß wir in der Vergangenheit unserer besten Führer für die Zukunft erkennen und somit stets die Einwanderung von der alten Welt ermuthigen. Jedoch in dieser Hoffnung tritt uns die gegenwärtige Administration entgegen. Der Sekretär des Innern äußerte sich nämlich in seinem letzten Jahresbericht:

„Sollte die neue Politik einer unentgeltlichen Vertheilung der öffentlichen Ländereien angenommen werden, so ist es augenscheinlich, daß man der Auswanderung über Gebühr Vorschub leistete; auch fiele dadurch weg, daß Verschenkungen von Land Leute zum Militärdienst anfeuern würden."

Der Sekretär des Innern spricht hier seine Befürchtung aus, man möchte der fremden Auswanderung über Gebühr Vorschub leisten. Jetzt, nachdem unsere Nation groß und stark geworden ist, will dieser hohe Staatsbeamte sich kalt von den Nachkömmlingen derer wegwenden, welche in unserer Kindheit mit Gut und Blut zur Gründung und Aufrechthaltung einer freien

Regierungsform auf diesem Continente beitrugen. Die Republik verdiente „undankbar" genannt zu werden und zwar in dem üblesten Sinne dieses verhaßten Wortes, sollte sie sich dazu bringen lassen, solchen Rath anzunehmen.

Der Sekretär nennt die Heimstättebill „eine neue Politik." Wie kann er sie so nennen? Ist sie nicht oft genug ein Gegenstand der Berathung gewesen? Hat sie nicht schon ihre eifrigsten und fähigsten Vertreter unter dieser Regierung gehabt? Und haben nicht schon andere Regierungen die Vortheile benutzt, die sich aus einer unentgeltlichen Landbewilligung für wirkliche Ansiedler ergeben? Die „neue Politik," die der verehrte Herr Sekretär so kürzlich entdeckt hat, ist eine alte Institution unter vielen Nationen der Welt. Ich will hier blos einen Auszug aus einem Beschluß der Republik Columbia von Juni 1823 vorlesen.

„Der Senat und das Repräsentantenhaus der Republik Columbia in Anbetracht:

„1; daß eine zahlreiche Bevölkerung, die im richtigen Verhältnisse zu dem Territorium eines Staates steht, die Grundlage seines Eigenthums und seiner wahren Größe bildet; und 2; daß die Fruchtbarkeit des Bodens, das gesunde Clima, die großen unbenützten Landstrecken und die freien Institutionen der Republik eine zahlreiche Einwanderung von nützlichen und arbeitsamen Ausländern zulassen und erfordern, die, indem sie ihre eigenen Verhältnisse verbessern, zugleich die Einkünfte des Staates vergrößern helfen — haben beschlossen:

„Daß Ausländer, die nach Columbia einwandern, unentgeltliche Schenkungen von Land in Abtheilungen von 200 Fanegas (ungefähr 400 Acres) für jede Familie erhalten sollen."

Hier ist noch ein anderes Beispiel, das sich in einem heidnischen Lande und unter einer despotischen Regierung findet. Es ist die Proklamation des Königs von Persien, erlassen von seinem Gesandten und datirt von London, den 8. Juli 1823. Sie lautet:

„Mirza Mahomed Sauf, Gesandter in England, im Namen und auf Befehl Abbas Mirza's, König von Persien, unentgeltliche Bewilligungen von Land betreffend, das für den Anbau von Weizen, Gerste ꝛc. geeignet ist und wovon keine Taxen oder Abgaben erhoben und freie Ausübung der Religion gestattet sein soll, indem die Verbesserung seines Landes des König's Zweck dabei ist"

Demnach dürfte es scheinen, als ob unser Sekretär des Innern in der Staatskunde von der jungen Republik Columbia hätte Unterricht nehmen können, sowie daß er kaum dem Wirkungskreise eines Cabinetsbeamten unter einem heidnischen König von Persien gewachsen gewesen wäre. Ich muß nur bedauern, daß der verehrte Sekretär in Anbetracht seiner Stellung sich nicht genauer mit der Geschichte seines eigenen Landes, sowie mit der anderer Länder bekannt gemacht hat, ehe er sich mit der Behauptung hervorwagte, daß dieß eine „neue Politik" wäre.

Ist es in Folge der Opposition von Seiten der Administration, daß die Verfasser der Senatsbill veranlaßt worden sind, ihr eine solche, den Ausländer benachtheiligende Form zu geben? Ich hoffe, daß in dieser Hinsicht die Verordnungen der Hausbill angenommen werden möchten, nämlich, daß alle Ausländer, welche Willens sind, den Unterthanengehorsam gegen ihre früheren Fürsten abzuschwören und ihre Absicht erklären, Bürger der Ver. Staaten zu werden, ganz dieselben Rechte, wie die eingeborenen Bürger hinsichtlich der Landbewilligung genießen sollen.

Aber ich habe noch einen dritten Einwurf gegen die Senatsbill; nämlich sie bezieht sich blos auf das Land, das auf Privatwege in Besitz genommen werden kann. Nach den gegenwärtigen Landgesetzen ist kein Land der Besitznahme auf Privatwege unterstellt, wenn es nicht vorher vermessen, ausgeschrieben, und zum öffentlichen Verkaufe ausgeboten ist. So kann denn der Kapitalist kommen und solche Abtheilungen kaufen, die ihm gerade am besten behagen. Die Erfahrung im Westen zeigt, daß die Ansiedlungen den Vermessungen der öffentlichen Ländereien vorausgehen.

Die ersten Ansiedelungen in einem neuen Staate oder Territorium finden gewöhnlich einige Jahren früher Statt, als das Land zum öffentlichen Verkaufe ausgeboten wird; und wenn nun ein solcher Verkauf Statt findet, so müssen die Ansiedler entweder zusehen, wie ihre Heimstätten auf den Strich gebracht und von der Regierung verkauft werden oder sie müssen vor dem Verkaufstage den Regierungpreis dafür zahlen. Die Härte und der Druck eines solchen Verfahrens wurde sehr lebhaft von dem Senator von Mississippi, Hr. Brown, geschildert, als er ein Mitglied des Repräsentantenhauses war. Er sagte damals:

„Betrachten sie einmal diese Scene; schauen sie jenen sonnverbrannten Patrioten an; denn er ist unserer Bewunderung würdig. Und nun gehen sie mit mir einen Schritt weiter und sehen sie, wie alle seine Zauberschlösser zerstört daliegen. Mißjahre, niedere Preise, Krankheit und sonstiges unvorhergesehenes Unglück hat ihn befallen; und nun kommt die Zeit, wo die Regierung von dem armen Manne die Bezahlung seiner Heimstätte verlangt. Er hat kein Geld. Die Regierung aber mit ihrem harten Herzen und unerbittlichem Willen kehrt sich kalt von ihm weg und die nächste Woche oder das nächte Monat verkauft sie ihr Land, und die Arbeit, die bescheidene Hütte und kleinen Felder eines solchen Mannes sind fort. Nun kommt der Spekulant und treibt ihn und seine Familie aus dem Hause — und dies alles thut seine eigene Regierung; eine Regierung, welche unnennbare Millionen Acres Land besitzt. Wie kann ein solcher Mann eine Liebe für die Regierung haben, die ihn so behandelt? Er müßte ein Gott und nicht ein Mensch sein, wenn er dies thäte. Eine solche Behandlung hätte selbst in Washington's Brust das Feuer des Patriotismus auslöschen und den Verrath Arnolds nahezu rechtfertigen können."

Die Senatsbill in ihrer gegenwärtigen Form schließt die kräftigen und energischen Pioniere, Ausländer sowohl als Einheimische, von allen Vortheilen vollständig aus; denn diese Männer, welche vor den Vermessungen dahingehen, müssen unter allen diesen entmuthigenden Umständen gleich von vorneherein für ihre Heimstätten bezahlen oder sie von der Regierung verkaufen lassen, während die Masse von Schwächlingen, die diesen unerschrockenen Abentheuerere nachfolgt, mit einer freien Heimstätte belohnt wird.

In meinem eigenen Staate, wo es Millionen Acres von unbenutztem öffentlichen Land gibt, finden sich keine Landstrecken von auch nur irgend einem Werthe darunter, die der Besitznahme auf Privatwege unterliegen. Die Senatsbill würde demnach dort vollkommen wirkungslos sein; und wenn die öffentlichen Verkäufe Statt finden, so würde alles werthvolle Land von gierigen Spekulanten aufgekauft und der eigentliche Zweck, den die Freunde dieser Maßregel damit beabsichtigen, unter der Senatsbill verfehlt werden.

Ich sprech es offen aus, daß, wenn man diese Verordnung beibehält, so wenige praktische Vortheile von der ganzen Bill zu erwarten stehen,

daß man dieselbe gerade so gut ganz und gar verwerfen könnte. Nichts von Bedeutung bleibt übrig außer die bloße Anerkennung des Prinzipes selbst. Das Ganze würde Nichts sein als eine äußere blendende Form ohne einen wirklichen inneren Werth.

Wir wollen eine praktische, eine ehrliche Bill, die in der That die Grundsätze ausführt, wozu sie sich in der Theorie bekennt.

Und nun habe ich einen letzten Einwurf noch gegen die Senatsbill zu machen. Sie enthält nämlich eine Clausel, welche die Anwendung der Bill auf abwechselnde Sektionen des öffentlichen Landes beschränkt. Diese Bestimmung betrachte ich als besonders verwerflich, weil sie mir von dem Wunsche der Regierung diktirt zu sein scheint, die Energie und Unternehmungskraft des Volkes zu einer Quelle der Spekulation zu machen. Dasselbe habe ich auch an dem Amendment des Senators von Indiana auszusetzen. Außerdem noch würden nach diesem Amendment die Ansiedler in einer Entfernung von einander leben müssen, was die Schwierigkeiten bedeutend vergrößern würde, womit neue Ansiedlungen an den Grenzen zu kämpfen haben. Ich bin ganz und gar dagegen, daß die Regierung mit dem öffentlichen Lande Spekulation treibe; vor Allem aber bin ich gegen die Idee, diese Bill so zu formen und die Anwendung dieser sg. freisinnigen Maßregel so zu beschränken, daß die Regierung ihre Kasse von dem Verkaufe von Ländereien spicken kann, deren Marktpreis durch die herumliegenden Ansiedlungen bedeutend erhöht worden ist.

Wenn wir bedenken, daß die ersten Ansiedler eines Landes die sind, welche Schulhäuser und Kirchen bauen; Straßen und Brücken anlegen müssen, so ist es leicht zu begreifen, daß diese Arbeiten durch die Entfernung der Nachbaren von einander noch viel schwieriger werden müssen. Ansiedlungen sollten so nahe als möglich beisammen liegen. Das erfordert die Natur der Sache.

Hr. Präsident! Von allen den angeführten Uebelständen ist die Hausbill frei, sie macht keinen ungerechten Unterschied zwischen Personen noch enthält sie unweise Beschränkungen hinsichtlich der Art von Ländereien, auf die sich ihre Bestimmungen beziehen. Ich würde ihre Annahme entschieden vorziehen; jedoch wenn wir dieses Resultat nicht erreichen können; wenn der Senat entschlossen ist, die Hausbill zu verwerfen, so werde ich versuchen, demselben Ziele durch Amendments nahe zu kommen, die ich vorschlagen werde. Sollten die letzteren auch verworfen werden, dann werde ich die Senatsbill so, wie sie ist, unterstützen; denn so wenig mich auch ihre Bestimmungen befriedigen, so werde ich doch — blos aus Anerkennung des Prinzipes — für sie stimmen.

Der Senator von Tennessee hat von dieser Frage gesprochen als einer, die über den Parteien steht. Ich stimme mit ihm darin überein. Diese Maßregel wendet sich direkt an das große Herz der Nation. Sie hat die arbeitende, nothleidende Klasse unseres Volkes im Auge — diejenigen, welche Jahr aus und Jahr ein sich abquälen, um die Würde der Arbeit vor der Unterdrükung des Capitals zu schützen. Warum sollten wir dann versuchen, diese Maßregel den engherzigen Grundsätzen von Parteiplatformen anzupassen? Warum sollte der Geist des Sektionalismus ihre Nützlichkeit zerstören? Kann sich nicht die Weisheit, die Humanität und die Politik aller Parteien vereinigen, um ein allgemeines Prinzip auszuführen, das die Geschichte, die Erfahrung und gesunder Menschenverstand als richtig bezeichnet?

Die Ansichten der Politiker sollten sich den Interessen des Volkes anpassen und nicht umgekehrt. Nur zu viel Zeit hat unsere Nationalgesetzgebung seit den letzten Jahren damit verschwendet, Scheingefechte über leere Abstraktionen aufzuführen, während man zu wenig Zeit auf die Vertheidigung anerkannter Rechte verwendet hat. Ich für meinen Theil unterstütze eine Heimstättebill, weil ich sie in meiner ehrlichen Ueberzeugung für gerecht und weise halte und glaube, daß durch sie das Glück und der Wohlstand der großen Masse unseres Volkes befördert wird. Das Studium der wahren Interessen des Volkes sollte unser einziger Zweck sein. Ich sehe es als meine Pflicht als ein Senator und ein Gesetzgeber an, für die Sache einer großen nationalen Nothwendigkeit zu arbeiten und es sollte mich freuen, wenn alle Parteien sich bei dem Unternehmen vereinten.

Wenn aber die Herren auf der anderen Seite des Senatssaales es vorziehen sollten, diese Maßregel als sektionell und undemokratisch zu betrachten, dann wird man die Thatsache niederschreiben, daß die demokratische Partei die freisinnige Politik einer Heimstättebill vereitelt hat! Zugleich aber wird man auch beifügen, daß die republikanische Partei sich weder schämte noch fürchtete, eine freie Heimath dem wirklichen Ansiedler zu gewähren. Es hängt vollständig von den demokratischen Senatoren ab, dieses Resultat herbeizuführen oder nicht.

Dürfen wir nicht hoffen, daß diese Politik in einem Geiste der Harmonie ausgeführt werde? Dürfen wir nicht die Erwartung hegen, daß man keinen störenden sektionellen Ideen erlaubt, die Kindheit einer so edlen und reinen Maßregel zu verderben? Sie sollte im Schooße des Friedens gewiegt werden; sie sollte ihre Nahrung von den wohlwollenden Gefühlen aller Sektionen des Landes erhalten, weil sie für das gemeinsame Wohl des ganzen Landes bestimmt ist.

Der Ansiedler, stehend auf seinem eigenen Grund und Boden, erhebt sich damit zur vollen Manneswürde. Er ist unabhängig von der Stunde, wo er der Eigner einer freien Farm wird — unabhängig von Allem, außer von Gott und seinem Vaterlande. Gebt ihm eine Heimath von dem unermeßlichen Ueberflusse euerer Ländereien, und ihr habt damit den sichersten Weg gefunden, euere Regierung für die Dauer zu begründen. Ihr gebt damit zugleich auch seinem Patriotismus eine höhere Weihe. Er kann nie der Constitution und den Gesetzen untreu werden, so lange er, sein Weib und seine Kinder die Segnungen einer freien Heimath unter dem Schutze dieser Constitution und dieser Gesetze genießen.

# PRESIDENTIAL CAMPAIGN OF 1860.

## REPUBLICAN EXECUTIVE CONGRESSIONAL COMMITTEE.

HON. PRESTON KING, N. Y., *Chairman.*
" J. W. GRIMES, IOWA.
" L. F. S. FOSTER, CONN.
*On the part of the Senate.*

" E. B. WASHBURNE, ILLINOIS.

HON. JOHN COVODE, PENN., *Treasurer.*
" E. G. SPAULDING, N. Y.
" J. B. ALLEY, MASS.
" DAVID KILGORE, INDIANA.
" J. L. N. STRATTON, N. J.
*On the part of the House of Reps.*

The Committee are prepared to furnish the following Speeches and Documents:

EIGHT PAGES.

The State of the Country—W. H. Seward.
"Irrepressible Conflict"—W. H. Seward.
Free Homes for Free Men—G. A. Grow.
Shall the Territories be Africanized—James Harlan.
Who have Violated Compromises—John Hickman.
Invasion of Harper's Ferry—B. F. Wade.
The Speakership—G. W. Scranton and J. H. Campbell.
Colonization and Commerce—F. P. Blair.
General Politics—Orris S. Ferry.
The Demands of the South—The Republican Party Vindicated—Abraham Lincoln.
The Homestead Bill—Its Friends and its Foes—W. Windom.
The Barbarism of Slavery—Owen Lovejoy.
The New Dogma of the South—"Slavery a Blessing"—H. L. Dawes.
The Position of Parties—R. H. Duell.
The Homestead Bill—M. S. Wilkinson.
Polygamy in Utah—D. W. Gooch.
Douglas and Popular Sovereignty—Carl Schurz.
Lands for the Landless—A Tract.
The Poor Whites of the South—The Injury done them by Slavery—A Tract.
A Protective Tariff Necessary—Rights of Labor—James H. Campbell.
The Fanaticism of the Democratic Party—Owen Lovejoy.
Mission of Republicans—Sectionalism of Modern Democracy—Robert McKnight.
Southern Sectionalism—John Hickman.
Freedom *vs.* Slavery—John Hutchins.
Republican Land Policy—Homes for the Million—Stephen C. Foster.
Tariff—Justin S. Morrill.
Legislative Protection to the Industry of the People—Alexander H. Rice.
Modern Democracy—Henry Waldron.
The Territorial Slave Policy; The Republican Party; What the North has to do with Slavery—Thomas D. Eliot.
The Supreme Court of the United States—Roscoe Conkling.
Designs of the Republican Party—Christopher Robinson.
Address—Montgomery Blair.
The Necessity of Protecting American Labor—J. P. Verree.
Pennsylvania Betrayed by the Administration—J. Schwartz.
The Republican Party and its Principles—James T. Hale.
Revenue and Expenditures—John Sherman.
The Claims of Agriculture—John Carey.
Negro Equality—The Right of One Man to Hold Property in Another—The Democratic Party a Disunion Party—The Success of the Republican Party the only Salvation for the Country—Benjamin Stanton.
Mutual Interest of the Farmer and Manufacturer—Carey A. Trimble.
The Tariff—Its Constitutionality, Necessity, and Advantages—John T. Nixon.
Position of Parties and Abuses of Power—Reuben E. Fenton.
Bill and Report Repealing the Territorial Laws of New Mexico—John A. Bingham.

SIXTEEN PAGES.

Seizure of Arsenals at Harper's Ferry, Va. and Liberty, Mo.—Lyman Trumbull.
Property in the Territories—B. F. Wade.
True Democracy—History Vindicated—C. H. Van Wyck.
Territorial Slave Code—H. Wilson.
John P. Hale.
"Posting the Books between the North and the South"—J. J. Perry.
The Calhoun Revolution—Its Basis and its Progress—J. R. Doolittle.
The Republican Party the Result of Southern Aggression—C. B. Sedgwick.
Admission of Kansas—M. J. Parrott.
Federalism Unmasked—Daniel R. Goodloe.
The Slavery Question—C. C. Washburn.
Thomas Corwin's Great Speech, Abridged.
The Issues—The Dred Scott Decision—The Parties—Israel Washburn, Jun.

TWENTY-FOUR PAGES.

Slavery in the Territories—Jacob Collamer.

THIRTY-TWO PAGES.

Thomas Corwin's Great Speech.

## GERMAN.

EIGHT PAGES.

The Demands of the South—The Republican Party Vindicated—Abraham Lincoln
Free Homes for Free Men—G. A. Grow.
Shall the Territories be Africanized—James Harlan.
Who have Violated Compromises—John Hickman.
The Homestead Bill—Its Friends and its Foes—W. Windom.
Douglas and Popular Sovereignty—Carl Schurz.
The Homestead Bill—M. S. Wilkinson.
The Barbarism of Slavery—Owen Lovejoy.
Southern Sectionalism—John Hickman.

SIXTEEN PAGES.

Seizure of the Arsenals at Harper's Ferry, Va., and Liberty, Mo., and in Vindication of the Republican Party—Lyman Trumbull.
The State of the Country—W. H. Seward.
Lands for the Landless—A Tract.
Election of Speaker—H. Winter Davis.

## And all Republican Speeches as delivered.

During the Presidential Campaign, Speeches and Documents will be supplied at the following reduced prices: per 100—8 pages 50 cents, 16 pages $1, and larger documents in proportion. Address either of the above Committee.

GEORGE HARRINGTON, *Secretary.*